

Staatspolitische Kommission Nationalrat  
CH-3003 Bern

Bern, 18. Mai 2020/ MB/YB  
VL Öffentlichkeitsprinzip

Per Mail an: [spk.cip@parl.admin.ch](mailto:spk.cip@parl.admin.ch)

**16.432 n Pa. Iv. Gebührenregelung. Öffentlichkeitsprinzip in der Bundesverwaltung  
Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen**

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

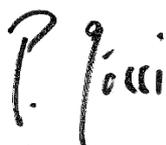
FDP.Die Liberalen bekennt sich klar zum Öffentlichkeitsprinzip. Es ermöglicht einen freien Zugang zu amtlichen Dokumenten der Verwaltung und schafft Vertrauen durch Transparenz. Aus unserer Sicht besteht eigentlich kein zwingender Handlungsbedarf. Die heutige Regelung gemäss Art. 17 BGÖ sieht zwar vor, dass für den Zugang zu amtlichen Dokumenten eine Gebühr erhoben wird. Die Gebühr entfällt aber, wenn der Bearbeitungsaufwand gering ist. 2018 wurde lediglich bei 2,6% der Gesuche eine Gebühr erhoben (oder umgekehrt: Bei 97,4% der Gesuche wurde keine Gebühr erhoben). Die Gesamtsumme der erhobenen Gebühren belief sich 2018 auf rund 13'000 Schweizer Franken. Die Zahlen zeigen, dass die heutige Regelung in der Praxis gut funktioniert und nicht zu einer Einschränkung des Öffentlichkeitsprinzips führt.

Mit der vorliegenden Gesetzesänderung soll nun der im Gesetz verankerte Grundsatz, dass für Zugangsgesuche Gebühren erhoben werden, umgekehrt und durch den Grundsatz der Kostenlosigkeit ersetzt werden. Wir können dieser Grundsatzumkehr zustimmen, denn letztlich wird damit bloss die heutige Praxis rechtlich nachvollzogen. FDP.Die Liberalen unterstützt die Vorlage aber gemäss der Minderheit Cottier. Demnach können in Ausnahmefällen Gebühren erhoben werden, wobei der Bundesrat den Gebührentarif selbst festlegt. Im Gegensatz dazu will die Mehrheit einen Gebührendeckel von maximal 2000 Franken im Gesetz verankern. Es ist aus unserer Sicht aber nicht Aufgabe des Gesetzgebers, einen Gebührentarif im Gesetz zu definieren. Dies ist die Aufgabe des Bundesrates.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse  
FDP.Die Liberalen  
Die Präsidentin

Der Generalsekretär



Petra Gössi  
Nationalrätin

Samuel Lanz